

**Kupferstadt Stolberg
Der BÜRGERMEISTER**

Niederschrift

über die Sitzung des Rates
Sitzungskennziffer: XVI / 33
Tag der Sitzung: Dienstag, 19.11.2013

Sitzung
Rathaus, Ratssaal
Dauer der Sitzung: 18.00 Uhr bis 19.55 Uhr
Unterbrechungen: Keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Herr Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Rat der Kupferstadt beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen die Ratsmitglieder:

Ben Grendel, CDU
Hilde Steg, SPD
Axel Wirtz MdL, CDU

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Sitzung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht ergangen sowie die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

c) Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Nach Ausscheiden von Ratsfrau Uschi Küpper aus dem Rat der Kupferstadt Stolberg ist Frau Anne Schwan-Hardt am 05.11.2013 für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Rat der Kupferstadt Stolberg eingetreten. Frau Anne Schwan-Hardt wird gem. § 67 Abs. 3 GO NRW vom Bürgermeister als neues Ratsmitglied eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit nachstehender Formel verpflichtet.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Kupferstadt Stolberg erfüllen werde.“

d) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler zieht im **A) nichtöffentlichen und B) öffentlichen Sitzungsteil** folgende Vorlagen zurück:

1. **Abschluss eines städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan Nr. 163 "Süssendell"**
16. **Bebauungsplan Nr. 163 "Süssendell" sowie 97. Änderung des FNP;
hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB
sowie der Behörden gem. § 4 BauGB,
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes,
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB**

Darüber hinaus bittet er um Erweiterung der Tagesordnung um die mit der 1. und 2. geänderten Einladung übermittelten Vorlagen zu TOP

2. **Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:**

- e) **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2013
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2013;
Umbesetzung im AsAKS**

33. **Bereitstellung üpl. Haushaltsmittel für die Bewirtschaftungskosten;
hier: Sachkonten 5241100-5241800 (Energie)**

Die 1. Stv. Bürgermeisterin, Frau Nießen, beantragt, den Antrag ihrer fraktion zur Wiedereinrichtung von Parkmöglichkeiten in der Buschstraße als separaten TOP

34. **Parksituation Buschstraße;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2013**

auf die Tagesordnung zu setzen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung möge der Rat das Thema an sich ziehen und heute eine Entscheidung treffen.

Weitere Änderungen bzw. Ergänzungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Abschluss eines städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan Nr. 163 "Süssendell"
Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

B) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:
 - a) Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2013;
hier: Umbesetzung im AsAKS

- b) Umbesetzung im Behindertenbeirat;
hier: Richtigstellung Niederschrift Hauptausschuss und Rat vom 10.09.2013
 - c) Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Unternehmen oder
Einrichtungen nach § 113 GO NRW;
hier: Energeticon gGmbH
 - d) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;
hier: Umbesetzung in diversen Gremien
 - e) Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2013;
hier: Umbesetzung im AsAKS
3. Bundeskinderschutzgesetz;
hier: Sachstandsbericht "Frühe Hilfen"
 4. Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Arbeit der Kinder- und Jugendperspektive
 5. Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung im Bereich des Jugendamtes;
hier: Personalbedarf im Bereich des Jugendamtes
Mobile Kinder- und Jugendarbeit
 6. Etat des Jugendamtes für den investiven Haushalt 2014
 7. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung;
hier: Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.400001.510.810 "Bewegliches
Anlagevermögen Hallenbad"
 8. Genehmigung Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses;
hier: U 3 Ausbau Familienzentrum im Verbund Corneliastraße - Bereitstellung von
Einrichtungsmitteln
 9. Satzung für Übergangsheime und Obdachlosenunterkünfte der Kupferstadt
Stolberg (Rhld.)
 10. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.36.01.02 "Förderung von
Kindern in Tagespflege" Aufwands-/Auszahlungskonto 5291000/7291000
 11. Narzissenweg;
hier: Mittelbereitstellung
 12. Rosenweg;
hier: Mittelbereitstellung
 13. Obere Donnerbergstraße;
hier: Mittelbereitstellung
 14. Bebauungsplan Nr. 19 - 4. Änderung "Anemonenweg";
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
 15. Bebauungsplan Nr. 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße";
hier: Erneuter Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
 16. Bebauungsplan Nr. 163 "Süssendell" sowie 97. Änderung des FNP;

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden gem. § 4 BauGB,
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes,
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB
Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

17. Änderung Entgelt- und Benutzungsordnung für die Burg Stolberg
18. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln;
hier: Sonstige U.I. von Fahrzeugen (Fahrzeuge Rettungsdienst / Feuerwehr)
19. Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen;
hier: Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln
20. Erweiterung Realschule I, Walther-Dobbelmann-Straße 11;
hier: Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel
21. Unterjähriges Personalkostencontrolling;
hier: 3. Quartal 2013
22. Vom Kämmerer genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000 € in der Zeit vom 05.11.2012 - 30.09.2013
23. Industriemuseum Zinkhütter Hof;
hier: Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zum Kooperationsvertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland
24. Finanzcontrolling 2013;
hier: Stand: 30.09.2013
Sh. Vorlage zu TOP B) 20., HA 19.11.2013
25. Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Einführung von SEPA bei der Kupferstadt Stolberg;
hier: Produkt 1.11.13.01 "Kasse und Vollstreckung"
26. Stellenplan 2014
27. Einrichtung von Beförderungsstellen zum Stellenplan 2014
28. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2014
Nachrichtlich: Vorlage wird nur bei Eingang von Einwendungen nachgereicht.
29. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014
- ohne Vorlage-
30. Zweite Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes der Kupferstadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021
31. Antrag des gemeinsamen Koalitionsausschusses der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion im Rat der Kupferstadt Stolberg vom 30.10.2013;
hier: Gewinnung neuer Schwimmbadbesucher
32. Zaunanlage Realschule Mausbach;

hier: Bereitstellung außerplanmäßiger Ausgabemittel

33. Bereitstellung üpl. Haushaltsmittel für die Bewirtschaftungskosten;
hier: Sachkonten 5241100-5241800 (Energie)

34. Parksituation Buschstraße;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2013

35. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

C) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Umstruktuirung Burgbetrieb
 2. Ruhegehaltsfähige Dienstzeit für Herrn Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
 3. Mittelbare Beteiligung an der Windpark Jüchen GmbH über die Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)
Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.
 4. Vergabeverfahren Konzessionsvertrag Strom für ein Teilgebiet der Kupferstadt Stolberg;
hier: Auswahlverfahren
 5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

.....

B) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Umsetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:

a) Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2013;
hier: Umsetzung im AsAKS

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses bestellt der Rat einstimmig, anstelle des stv. sachkundigen Bürgers, Herrn Felix Bläsius, nunmehr die sachkundige Bürgerin Frau Claudia Schütze, Höhenkreuzweg 63, 52223 Stolberg als Stellvertreterin von Ausschussmitglied Rainer Soldierer in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport.

- b) Umbesetzung im Behindertenbeirat:
hier: Richtigstellung Niederschrift Hauptausschuss und Rat vom 10.09.2013

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses stellt der Rat mit seiner heutigen Beschlussfassung ebenfalls einstimmig die Umbesetzung im Behindertenbeirat, wie vom Förderverein der Regenbogenschule e.V. am 05.08.2013 beantragt, aus den Niederschriften vom 10.09.2013 jeweils zu TOP A) 2. d), wie folgt richtig:

Der Rat bestellt einstimmig anstelle von Herrn Jakob Kaußen nunmehr Herrn Stefan Sanft, Horster Park 65 b, B 4731 Eynatten als stimmberechtigtes Mitglied für den Förderverein der Regenbogenschule e.V. in den Behindertenbeirat.

- c) Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen nach § 113 GO NRW;
hier: Energeticon gGmbH

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die rückwirkende Bestellung von Herrn Andreas Pickhardt, Leiter Fachbereich 1, ab 01.10.2010 als besonderen Vertreter der Kupferstadt Stolberg in die "Gesellschafterversammlung der Energeticon gemeinnützige GmbH".

Im Falle der Verhinderung des besonderen Vertreters, Herrn Pickhardt, bestellt der Rat der Kupferstadt Stolberg einstimmig ebenfalls rückwirkend zum 01.10.2010 Herrn Bernd Kistermann, Leiter Fachbereich 2, in die "Gesellschafterversammlung der Energeticon gemeinnützige GmbH".

- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
hier: Umbesetzung in diversen Gremien

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat einstimmig wie folgt:

Hauptausschuss:

Anstelle der ausgeschiedenen Ratsfrau Uschi Küpper wird die 3. Stv. Bürgermeisterin, Frau Käthe Krings als stellvertretendes Mitglied von Ratsherrn Dr. Josef Ingermann in den Hauptausschuss bestellt.

Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport:

Anstelle der ausgeschiedenen Ratsfrau Uschi Küpper wird Ratsfrau Anne Schwan-Hardt als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport bestellt.

Wahlprüfungsausschuss:

Anstelle der ausgeschiedenen Ratsfrau Uschi Küpper wird Ratsfrau Anne Schwan-Hardt als ordentliches Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss bestellt.

Integrationsrat:

Der freie Sitz der Bündnisgrünen im Integrationsrat wird mit Frau Anne Schwan-Hardt besetzt.

Zentrum für industrieorientierende Dienstleitungen (DLZ) Stolberg:

Die Bestellung der ausgeschiedenen Ratsfrau Uschi Küpper als ordentliches Mitglied im DLZ wird aufgehoben. An ihre Stelle wird Ratsfrau Anne Schwanhardt als ordentliches Mitglied in das Zentrum für industrieorientierende Dienstleistungen (DLZ) Stolberg bestellt.

- e) Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2013;
hier: Umbesetzung im AsAKS

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, die Vertretung des ordentlichen Mitgliedes, Herrn Turgay Sacu, im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport wie folgt:

1. Stellvertreter wird

Herr Heinz Offermann, Leonhard-Schleicher-Str. 13a, 52222 Stolberg

2. Stellvertreterin wird

die bisherige 1. Stellvertreterin, Frau Esther Kreutzer, Höhenkreuzweg 67a, 52223 Stolberg.

3. Bundeskinderschutzgesetz;
hier: Sachstandsbericht "Frühe Hilfen"

Beschluss:

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses nimmt der Rat den Zwischenbericht der Verwaltung zur Arbeit bezüglich der "Frühen Hilfen" einstimmig zur Kenntnis.

4. Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Arbeit der Kinder- und Jugendperspektive

Beschluss:

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses nimmt der Rat den Zwischenbericht der Verwaltung zur Arbeit der Kinder- und Jugendperspektive einstimmig zur Kenntnis.

5. Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung im Bereich des Jugendamtes;
hier: Personalbedarf im Bereich des Jugendamtes
Mobile Kinder- und Jugendarbeit

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Ausführungen der Verwaltung bezüglich der Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung im Bereich des Jugendamtes zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses richtet der Rat einstimmig die Stelle im Bereich Mobile Jugendarbeit / Jugendarbeit im Stellenplan 2014 als unbefristete Stelle ein.

6. Etat des Jugendamtes für den investiven Haushalt 2014

Zu diesem Punkt erfolgt keine Beschlussfassung, da dieser Bestandteil der heute auf der Agenda stehenden Etatberatungen ist.

7. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung;

hier: Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.400001.510.810 "Bewegliches Anlagevermögen Hallenbad"

Beschluss:

Gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt der Rat einstimmig die am 24.09.2013 von Bürgermeister Ferdi Gatzweiler und dem Ratsmitglied Bernhard Engelhardt getroffene dringliche Entscheidung zur Bereitstellung von Ausgabemitteln in Höhe von 7.600,- € bei PSP 5.400001.510.810 "Bewegliches Anlagevermögen Hallenbad" mit der Deckung durch eine Minderauszahlung bei PSP 5.650068.510.810 "U3-Erweiterung Kita Mozartstraße - Einrichtung" in Höhe von 7.600,- €.

8. Genehmigung Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses;

hier: U 3 Ausbau Familienzentrum im Verbund Corneliastraße - Bereitstellung von Einrichtungsmitteln

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt der Rat einstimmig die dringliche Entscheidung des Hauptausschusses vom 15.10.2013 zu TOP A) 10 wie folgt:

1) Für das Familienzentrum Corneliastraße werden für den U3-Ausbau außerplanmäßige Haushaltsmittel für Ergänzungs- und Einrichtungsbeschaffungen in Höhe von 30.000,- € zur Verfügung gestellt. Hierfür werden

a) bei dem Produkt/Kostenstelle 1.36.05.05 "Kiga Breinig", Aufwandskonto/Auszahlungskonto 5215000/7215000 "Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung" außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 20.000,00 € zur Verfügung gestellt und

b) bei dem Produkt/Kostenstelle 5.650085.510.810 "U3 Erweiterung Kita Corneliastraße Einrichtung", Auszahlungskonto 7831000 "Auszahlung für den Erwerb von VG über 410,00 €" außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 10.000,00 € zur Verfügung gestellt.

2) Die Deckung erfolgt

a) durch Minderaufwendungen/Minderzahlungen bei Produkt/Kostenstelle 1.61.02.01 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Aufwandskonto /Auszahlungskonto 5516001/7516001 "Zinsen Liquiditätskredit an sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen" und

b) durch die Konnexitätszahlung des Landes (Leistungsbescheid v. 23.11.2012).

9. Satzung für Übergangsheime und Obdachlosenunterkünfte der Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

Beschluss:

Auf jeweils einstimmige Empfehlung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport und des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, den Erlass den Satzung für die Übergangsheime und Obdachlosenunterkünfte der Kupferstadt Stolberg (Rhld.).

Nachrichtlich:

Die Satzung ist der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 19.11.2013 als Anlage 2) beigefügt.

10. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.36.01.02 "Förderung von Kindern in Tagespflege" Aufwands-/Auszahlungskonto 5291000/7291000

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss hat den Sachverhalt einmütig zur Kenntnis genommen. Auf seine einstimmige Empfehlung beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 25.000,00 € bei dem Produkt 1.36.01.02, „Förderung von Kindern in Tagespflege“ Aufwands-/Auszahlungskonto 5291000/ 7291000 für das Haushaltsjahr 2013.
2. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Minderaufwendung/ Minderauszahlung bei Produkt 1.36.03.15 „Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform § 34“ , Aufwandskonto 5332000, Auszahlungskonto 7332000 in Höhe von 25.000,00 €.

11. Narzissenweg:

hier: Mittelbereitstellung

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000,-€ als apl. VE für die Straßenerneuerung Narzissenweg.

Haushalterische Angaben: PSP: 5.660119.500.100 "Narzissenweg", Sachkonto 7852000 "Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen"

Deckung: Minderausgabe in Höhe von 15.000,- € bei PSP 5.660022.500.710 "Verrohrung Mausbach".

12. Rosenweg:

hier: Mittelbereitstellung

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000,-€ als apl. VE für die Straßenerneuerung Rosenweg.

Haushalterische Angaben: PSP: 5.660095.500.100 "Rosenweg", Sachkonto 7852000 "Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen"

Deckung: Minderausgabe in Höhe von 15.000,- € bei PSP 5.660022.500.710 "Verrohrung Mausbach".

13. Obere Donnerbergstraße:

hier: Mittelbereitstellung

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 30.000,-€ für die Straßenerneuerung Obere Donnerbergstraße.

Haushalterische Angaben: PSP: 5.660117.500.100 "Obere Donnerbergstraße", Sachkonto 7852000 "Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen"

Deckung: Minderausgabe in Höhe von 30.000,- € bei PSP 5.660019.500.310 "Erschließung Kraelgenweg".

14. Bebauungsplan Nr. 19 - 4. Änderung "Anemonenweg":

hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

Beschluss:

- I. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat die Ausführungen einmütig zur Kenntnis genommen. Der Rat fasst einstimmig den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 19 „Anemonenweg“ – 4. Änderung und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB.**
- II. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat den Entwurf der 4. Änderung Bebauungsplanes Nr. 19 „Anemonenweg“ einmütig zur Kenntnis genommen. Der Rat ordnet die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB einstimmig an.**

15. Bebauungsplan Nr. 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße":

hier: Erneuter Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

RM Conrads, FDP, erklärt zu Protokoll, dass er nicht an der Beschlussfassung teilnimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 160 „Fachmarktzentrum Zweifaller Straße“ einmütig zur Kenntnis genommen. Der Rat ordnet die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB einstimmig an.

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu TOP A) 15. nimmt RM Conrads, FDP, erneut am weiteren Sitzungsverlauf teil.

16. Bebauungsplan Nr. 163 "Süssendell" sowie 97. Änderung des FNP:

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der
Behörden gem. § 4 BauGB,
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes,
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

17. Änderung Entgelt- und Benutzungsordnung für die Burg Stolberg

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig, die Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung für die Burg Stolberg.

18. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln;

hier: Sonstige U.I. von Fahrzeugen (Fahrzeuge Rettungsdienst / Feuerwehr)

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung der Haushaltsmittel wie nachfolgend aufgeführt:

Produkt/ Kostenstelle:	329999	Bezeichnung:	Feuerwehr Fahrz.
Aufwandskonto/ Auszahlungskonto:	5251300 7251300	Bezeichnung:	Sonstige U.I. Fahrzeuge
Betrag:	30.000,00 €		

19. Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen;

hier: Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung der Haushaltsmittel wie nachfolgend aufgeführt:

Produkt/ Kostenstelle:	1.12.02.01	Bezeichnung:	Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Aufwandskonto/ Auszahlungskonto:	5291000 7291000	Bezeichnung:	Aufwendungen für sonstige Dienst- leistungen
Betrag:	20.000,00 €		

20. Erweiterung Realschule I, Walther-Dobbelmann-Straße 11;

hier: Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig, die Bereitstellung der noch benötigten Finanzmittel in Höhe von 60.500.- € zur Begleichung der noch offen stehenden Schlussrechnungen für die Erweiterung der Realschule I.

21. Unterjähriges Personalkostencontrolling;

hier: 3. Quartal 2013

Aufgrund der im Hauptausschuss vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Grüttemeier aufgeworfenen Frage, informiert Herr Bürgermeister Gatzweiler die Damen und Herren des Rates, dass die Pensionsrückstellungen vollumfänglich im unterjährigen Personalkostencontrolling enthalten seien.

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses nimmt der Rat ebenfalls einstimmig den der Verwaltungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Controllingbericht mit der aufgezeigten Entwicklung im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen zum 3. Quartal 2013 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Haushaltsjahr 2014 zur Kenntnis.

22. Vom Kämmerer genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000 € in der Zeit vom 05.11.2012 - 30.09.2013

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses nimmt der Rat ebenfalls einstimmig die in der Verwaltungsvorlage aufgeführten, vom Kämmerer in der Zeit vom 05.11.2012 – 30.09.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, zur Kenntnis.

23. Industriemuseum Zinkhütter Hof:

hier: Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zum Kooperationsvertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses schließt der Rat einstimmig, die der Verwaltungsvorlage beigefügte Ergänzungsvereinbarung zum Vertrag vom 21.12.2010 zwischen der Stadt Stolberg, dem Museumsverein und dem Landschaftsverband Rheinland, ab.

24. Finanzcontrolling 2013:

hier: Stand: 30.09.2013

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses nimmt der Rat die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

Die Prognose des Rechnungsergebnisses 2013 stellt sich wie folgt dar:

Jahresergebnis 2013 Haushaltssatzung	Jahresergebnis 2013 Controlling 30.09.2013	<u>Prognostizierte Verbesserung</u>
-2.358.831,00 €	-250.912,29 €	+2.107.918,71 €

25. Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Einführung von SEPA bei der Kupferstadt Stolberg:
hier: Produkt 1.11.13.01 "Kasse und Vollstreckung"

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

26. Stellenplan 2014

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 gemäß den Stellenübersichten, wie sie dem Entwurf der Haushaltssatzung beigelegt sind, einstimmig.

27. Einrichtung von Beförderungsstellen zum Stellenplan 2014

Für die FDP-Fraktion trägt deren Vorsitzender Engelhardt die Beförderungen nur bis Besoldungsgruppe A 11 mit. Da sein Ansinnen nach getrennter Abstimmung (bis A 11 und ab A 12) nicht mehrheitsfähig sei, lehne die FDP-Fraktion das Gesamtpaket der Beförderungen ab.

Herr Bürgermeister Gatzweiler teilt mit, dass der vorausgegangene Hauptausschuss dem Rat mehrheitlich die Empfehlung ausgesprochen habe, die Beförderungsstellen ab A 13 h.D. erst mit Wirkung ab 01.01.2015 vorzusehen. Darüber hinaus hätten die Kommunalaufsicht der StädteRegion Aachen sowie die Bezirksregierung darauf hingewiesen, dass die Beförderungen erst nach Genehmigung der Haushaltssatzung ausgesprochen werden dürfen.

Beschluss:

Der Rat beschließt bei fünf Gegenstimmen (FDP, RM Emonds, UWG) zum Stellenplan 2014 zum Zwecke der Beförderung für nachstehend aufgeführte Besoldungsgruppen folgende Beförderungsstellen einzurichten:

I. Verwaltungsbereich:

- 2 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 8**
- 2 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 9 m.D.**
- 2 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 9 m.D. m. Zulage**
- 2 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 11**
- 1 Beförderungsstelle nach Besoldungsgruppe A 13 h.D. mit Wirkung ab 01.01.2015**
- 1 Beförderungsstelle nach Besoldungsgruppe A 14 mit Wirkung ab 01.01.2015**

II. Feuerwehr:

- 6 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 8**
- 6 Beförderungsstellen nach Besoldungsgruppe A 9 m.D.**
- 1 Beförderungsstelle nach Besoldungsgruppe A 10**

28. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2014

Gegen den Entwurf der Haushaltssatzung wurden keine Einwendungen vorgebracht.

29. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014

Den Ratsmitgliedern wurde die der Niederschrift als Anlage 2) beigefügte Änderungsliste als Tischvorlage ausgehändigt.

Hiernach wurden folgende Haushaltsreden gehalten:

Herr Bürgermeister Gatzweiler - Anlage 3) zur Niederschrift
Herr Wolf, SPD-Fraktionsvorsitzender - Anlage 4) zur Niederschrift
Herr Dr. Grüttemeier, CDU-Fraktionsvorsitzender - Anlage 5) zur Niederschrift
Herr Engelhardt, FDP-Fraktionsvorsitzender - Anlage 6) zur Niederschrift
Herr Dr. Ingermann, Fraktionsvorsitzender B'90/Grüne - Anlage 7) zur Niederschrift
Herr Prußeit, Fraktionsvorsitzender Die LINKE

Im Anschluss an die Haushaltsreden stellt Herr Bürgermeister Gatzweiler nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat beschließt mit 33 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne) und 8 Nein-Stimmen FDP, LINKE, RM H. Emonds und RM Kunkel), die Haushaltssatzung, wie von der Verwaltung vorgelegt unter Berücksichtigung der Änderungsliste der SPD/CDU Koalition zum Haushaltsplanentwurf 2014.

30. Zweite Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes der Kupferstadt Stolberg für den Zeitraum 2012 - 2021

Beschluss:

Der Rat stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten 2. fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplan der Kupferstadt Stolberg für den Zeitraum 2012-2021 unter Berücksichtigung seiner Beschlussfassungen zur Haushaltssatzung 2014 bei 8 Gegenstimmen (FDP, LINKE, RM H. Emonds, RM Kunkel) zu.

31. Antrag des gemeinsamen Koalitionsausschusses der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion im Rat der Kupferstadt Stolberg vom 30.10.2013: hier: Gewinnung neuer Schwimmbadbesucher

Herr Bürgermeister Gatzweiler informiert die Damen und Herren des Rates über die wesentlichen Diskussionspunkte des der Ratssitzung vorausgegangenen Hauptausschusses und stellt alsdann dessen Beschlussempfehlung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat zieht die Angelegenheit einstimmig an sich und beschließt wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen noch in 2013 umzusetzen bzw. anzulassen:

- **Ferienschwimmkarte für Schüler (Kostenbeitrag Weihnachtsferien 3 Euro). Umfrage in den Schulen Anfang Dezember, Ausgabe der gewünschten Karten 8 Tage vor Beginn der Weihnachtsferien in der Schule**
- **Pool Party für Jugendliche mit dem Jugendamt**
- **Nikolausschwimmen.**

32. Zaunanlage Realschule Mausbach:
hier: Bereitstellung außerplanmäßiger Ausgabemittel

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung die außerplanmäßige Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.650089.500.300 "Zaunanlage Realschule Mausbach" SKT 7853000 "Auszahlung Baumaßnahmen" in Höhe von 40.000 €. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in Höhe von 40.000 € bei PSP 5.660023.500.310 "Albert-Schweitzer-Straße".

33. Bereitstellung üpl. Haushaltsmittel für die Bewirtschaftungskosten:
hier: Sachkonten 5241100-5241800 (Energie)

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von 645.000,00 € bei den Aufwandskonten 5241100–5241800/Auszahlungskonten 7241100–7241800 „Bewirtschaftungskosten“ (Energiekosten, Wasser) für die Begleichung der noch eingehenden Monatsrechnungen für Oktober, November und Dezember und der zu leistenden Abschlagszahlungen für Dezember sowie der Mitte Januar noch eingehenden Jahresrechnungen.

34. Parksituation Buschstraße:
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2013

Herr Bürgermeister Gatzweiler erläutert, dass die im Antrag der SPD-Fraktion angeregten Maßnahmen in die originäre Zuständigkeit des ASVU fielen. Intention sei jedoch, dass der Rat die Thematik an sich ziehe, damit die Verwaltung ohne zeitliche Verzögerung im Sinne der dort lebenden Bewohner reagieren könne. Mit der Zielsetzung stelle er den Antrag zur Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Rat zieht die Einrichtung von Parkmöglichkeiten in der Buschstraße einstimmig an sich.

Der Rat beauftragt die Verwaltung einstimmig, für Teilbereiche der Buschstraße die Einrichtung von Parkmöglichkeiten an der nicht bebauten Straßenseite vorzunehmen. Dies soll ohne bauliche Maßnahmen durch Farbmarkierungen erfolgen. Das Parken soll nur für PKW, nicht für LKW, erlaubt sein. Zwischen den einzelnen "Parkblöcken" sind ausreichende Sicherheitsabstände vorzusehen.

35. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates:
Mitteilungen

35.1 RM Jussen, SPD, erinnert an seine Anregung aus Dezember 2012, als er darum gebeten hatte, die Öffnungszeiten des Weihnachtsmarktes im Hinblick auf den Freitagabend zu überdenken. Er zeigt sich enttäuscht, dass der Weihnachtsmarkt weiterhin an den publikumsträchtigen Freitagabenden geschlossen sei.

Herr Bürgermeister Gatzweiler geht kurz darauf ein, dass die Thematik mit den Weihnachtsmarktbeschickern erörtert wurde.

Er sichert die Beantwortung der Anfrage zu.

35.2 RM Kohn, SPD, spricht die schwierige Verkehrssituation an der Baustelle Nachtigällchen an. In Bezug auf die unzureichende Informationspolitik und das dadurch verursachte tägliche Verkehrschaos richtet er an die Verwaltung und den Baulastträger die eindringliche Bitte, dass in der Örtlichkeit durch entsprechende Beschildung viel früher auf eine Umleitungsführung hingewiesen werden müsse.

35.3 RM Kohn, SPD, nimmt Bezug auf den Neubau des Kindergartens in der Corneliastraße. Er bittet die Verwaltung durch entsprechende Beschildung dafür Sorge zu tragen, dass Eltern ihre Kinder dort ungehindert zum Kindergarten bringen und vom Kindergarten abholen können.

C) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldung vorlagen, schloss Herr BM Gatzweiler die Sitzung des Rates um 19.55 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister
zu TOP A) 1., B) 1. bis 35.,
C) 1. und C) 3. bis 5.

Hildegard Nießen
1.stv. Bürgermeisterin
zu TOP C) 2.

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:


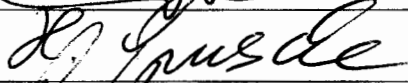

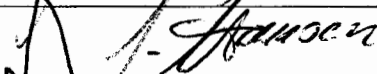
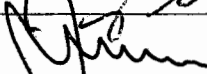



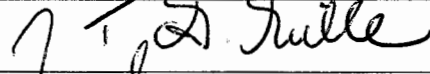
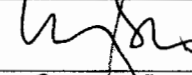
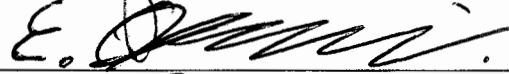

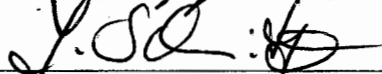
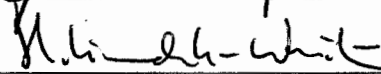


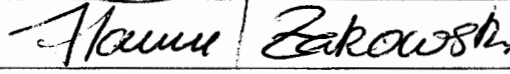
- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Änderungsliste der Verwaltung u. folgende Haushaltsreden zu TOP B) 29.
- Anlage 3) Haushaltsrede von Herrn Bürgermeister Gatzweiler
- Anlage 4) Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolf
- Anlage 5) Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Grüttemeier
- Anlage 6) Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Engelhardt
- Anlage 7) Haushaltsrede des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Dr. Ingermann

zur Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Stolberg (Rhld.)

Sitzungskennziffer XVI / 33
 Tag der Sitzung: Dienstag, 19.11.2013
 Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 18.00 Uhr bis 19.55 Uhr

Unterbrechung der Sitzung von — bis —

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
1	Engels, Rolf	
2	Grosche, Helmut	
3	Haas, Patrick	
4	Hansen, Josef	
5	Jussen, Peter	
6	Kaußen, Paul-Heinz	
7	Kleinlein, Hans	
8	Kohn, Arndt	
9	Müller, Andrea	
10	Nießen, Hildegard	
11	Offermann, Edmund	
12	Pompejus, Rolf	
13	Schmitz, Jürgen Michael	
14	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
15	Steg, Hildegard	
16	Wolf, Dieter	
17	Zakowski, Hanne	

CDU		
18	Berghausen, Klaus	Berghausen
19	Braun, Heinz-Gerd	Braun
20	Creyels, Bernhard	Creyels
21	Emonds, Jochen	Emonds
22	Grendel, Bernhard	Eutendüldigt
23	Grüttemeier, Dr. Tim	Grüttemeier
24	Hahn, Ludwig	Hahn
25	Kirch, Paul Matthias	Kirch
26	Konrads, Adolf	Konrad
27	Matheis, Kunibert	Matheis
28	Pietz, Siegfried	Pietz
29	Siebertz, Hans-Josef	Hans-Josef Siebertz
30	Thiermann, Fritz	Thiermann
31	Wahlen, Karina	Wahlen
32	Wirtz, Axel	Eutendüldigt
33	Wosch, Sebastian	Wosch
FDP		
34	Conrads, Axel	Conrads
35	Engelhardt, Bernhard	Engelhardt
36	van-der-Brück, Dr. Ralf	van-der-Brück
37	Wiemann, Dr. Stefan	Wiemann
Grüne		
38	Ingermann, Dr. Fr.-Josef	Ingermann
39	Krings, Katharina	Kath. Krings
40	Schwan-Hardt, Anne	Schwan-Hardt

Linke		
41	Jilk, Anita	<i>[Signature]</i>
42	Prußeit, Mathias	<i>[Signature]</i>
Fraktionslos		
43	Emonds, Hans	<i>[Signature]</i>
44	Kunkel, Willibert	<i>[Signature]</i>
Bürgermeister		
45	Gatzweiler, Ferdi	<i>[Signature]</i>

Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	Gilles, Frank <i>[Signature]</i>	10	<i>[Signature]</i> FB2
2	<i>[Signature]</i> 81	11	<i>[Signature]</i> II/20/21
3	<i>[Signature]</i>	12	<i>[Signature]</i> FB1
4	<i>[Signature]</i> A32	13	<i>[Signature]</i> 4/30/32
5	<i>[Signature]</i> II/20/21	14	<i>[Signature]</i> II/14
6	<i>[Signature]</i> "	15	<i>[Signature]</i>
7	<i>[Signature]</i> FB4	16	<i>[Signature]</i> 4110
8	<i>[Signature]</i> FB3	17	
9	<i>[Signature]</i> I1	18	

Änderungen SPD/CDU-Koalition gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2014

Anlage 2)

Kreditbedarf 2014 gem. Entwurf	9.627.900
planmäßige Tilgung 2014	<u>7.900.000</u>
Neuverschuldung mithin	1.727.900

Änderungen SPD/CDU Koalition gegenüber Haushaltsplanentwurf 2014

Produkt- gruppe	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2014 gem. Entwurf	Veränderung HH- Ansatz 2014	Veränderung VE	Veränderung mifri Planung 2015	Veränderung mifri Planung 2016	Veränderung mifri Planung 2017	
Auszahlungen									
1108	5.650013	Sanierung TBA Industriestraße 3	30.000	-30.000	+30.000	+30.000	0	0	veranschlagen als VE zu SPD/CDU Lasten 2015
1108	5.650014	Sanierung TBA Industriestraße 60	285.000	-285.000	+285.000	+285.000	0	0	veranschlagen als VE zu SPD/CDU Lasten 2015
1116	5.650054	Bewegl. Anlagevermögen Hochbauamt	0	+20.000					Beschaffung eines Dienstfahrzeuges für den KiTa-Hausmeister (Nachmeldung) Verwaltung
2101	5.000008	Bewegliches Anlagevermögen Grundschulen	35.800	-17.900		-17.900	-17.900	-17.900	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2101	5.650079	Sanierung OGGS Mausbach	901.100	0	0	0	0	0	zunächst beabsichtigte Verteilung auf 2014/2015 nicht realisierbar, da Maßnahme bereits aufgrund VE 2013 begonnen wird Verwaltung
2102	5.000009	Bewegliches Anlagevermögen HS Kogelshäuserstraße	4.500	-2.300	0	-1.800	-1.300	-900	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2102	5.000010	Bewegliches Anlagevermögen Probst-Grüber-Schule	4.900	-1.200	0	-1.500	-1.000	-500	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2102	5.000109	Bewegliches Anlagevermögen Sekundarschule	900	-500	0	-900	-1.300	-1.800	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2102	5.650084	Sekundarschule Einrichtung	71.000	-35.500	0	0	0	0	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2103	5.000012	Bewegliches Anlagevermögen Realschule I	5.200	-1.300	0	-2.600	-2.600	-2.600	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2103	5.000013	Bewegliches Anlagevermögen Realschule Mausbach	5.100	-2.600	0	-2.600	-2.600	-2.600	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13 Verwaltung
2103	5.650089	Zaunanlage RS Mausbach				-33.000			Aufgrund Dringlichkeit soll die Zaunanlage nach entspr. apl. Mittelbereitstellung in 2013 errichtet werden (sh. Vorlage Rat 19.11.13) Verwaltung

Produkt- gruppe	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2014 gem. Entwurf	Veränderung HH- Ansatz 2014	Veränderung VE	Veränderung mifri Planung 2015	Veränderung mifri Planung 2016	Veränderung mifri Planung 2017		
2104	5.000014	Bewegliches Anlagevermögen Goethe-Gymnasium	10.800	-5.400	0	-5.400	-5.400	-5.400	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13	Verwaltung
2104	5.000015	Bewegliches Anlagevermögen Ritzefeld-Gymnasium	10.200	-5.100	0	-5.100	-5.100	-5.100	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13	Verwaltung
2105	5.000017	Bewegliches Anlagevermögen Förderschule	5.200	-2.600	0	-2.600	-2.600	-2.600	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13	Verwaltung
2108	5.000007	Sondervermögen Schulen	0	+10.000	0	+10.000	+10.000	+10.000		
2109	5.000110	Bewegliches Anlagevermögen Gesamtschule	10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	gem. Nachmeldung Amt 40 vom 04.11.13	Verwaltung
2502	5.800003	Touristische Beschilderung - Museum Zinkhütter Hof	0	+15.000	0	0	0	0		SPD/CDU
3105	5.650090	Umbau Obdachlosenunterkünfte Kelmesberg	144.000	-144.000	0	+144.000	0	0	schieben nach 2015 (ohne VE)	SPD/CDU
3105	5.660114	Lärmschutzwall Kelmesberg	60.000	-60.000	0	+60.000	0	0	schieben nach 2015 (ohne VE)	SPD/CDU
3605	5.650067	U3-Erweiterung Kita Mausbach Einrichtung	0	+20.000					Neuveranschlagung aus 2012	Verwaltung
3606	5.000069	Spielplatz Büsbach	50.000	-50.000	0	0	0	0	Maßnahme durch apl. Mittelbereitstellungen 2013 (i.H.v. insge. 88.000 €) vollständig finanziert	SPD/CDU
3606	5.000111	Spielplatz Franziskusstraße	0	+30.000	0	0	0	0		SPD/CDU
4205	5.400001	Bewegliches Anlagevermögen Hallenbad	8.000	+28.000	0	0	0	0	Nachmeldung für neues Kassensystem. Das zur Zeit eingesetzte verursacht hohe Reparaturkosten und soll deshalb ausgetauscht werden.	Verwaltung
5101	5.000112	Pilotprojekt Innenstadt	0	+250.000	0	0	0	0	neu	SPD/CDU
5401	5.660010	Brücken	940.000	+100.000	0	0	0	0	Brücke Döllscheidter Weg	Verwaltung
5401	5.660033	Rhenaniastraße	250.000	-250.000	+500.000	0	+250.000	0	Kassenwirksamkeit erst ab 2015, volle Beauftragung ggf. in 2014	Verwaltung
5401	5.660040	Neubau Werther Straße/Derichsberger Straße	250.000	-250.000	-2.510.000	-1.510.000	+1.010.000	+750.000	Maßnahme soll insgesamt um 1 Jahr geschoben werden (LZ soll analog zur Ausz. veranschlagt werden)	SPD/CDU
5401	5.660098	Verrohrung Lamersiefen	40.000	-40.000	0	+40.000	0	0	schieben nach 2015 (evtl. auch 2016) (ohne VE)	SPD/CDU
5401	5.660102	Verrohrung Bend	50.000	-50.000	0	+50.000	0	0	schieben nach 2015 (evtl. auch 2016) (ohne VE)	SPD/CDU
5401	5.660117	Obere Donnerbergstraße	305.000	-150.000	+150.000	+150.000	0	0		SPD/CDU
5403	5.660105	Geh-/Radweg Essiger Str./Breiniger Berg	700.000	-700.000	0	0	0	0		SPD/CDU
5405	5.650087	Streuguthalle	250.000	-250.000	0	+250.000	0	0	schieben nach 2015 (ohne VE)	SPD/CDU

Produkt- gruppe	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2014 gem. Entwurf	Veränderung HH- Ansatz 2014	Veränderung VE	Veränderung mifri Planung 2015	Veränderung mifri Planung 2016	Veränderung mifri Planung 2017		
5406	5.660111	Parkhaus Hauptbahnhof	2.674.000	-1.000.000	+1.000.000	+1.000.000	0	0	SPD/CDU	
5503	5.650093	Behindertengerechte Toilette Friedhof Bergstraße	0	+40.000	0	0	0	0	SPD/CDU	
				-2.825.400	-545.000	+430.600	+1.225.200	+715.600		
<u>Einzahlungen</u>										
1115	5.230002	Grundstücksveräußerungen	975.000	+1.400.000	0	0	0	0	0 für 2013 vorgesehene Grundstücksveräußerung verschiebt sich voraussichtl. nach 2014	Verwaltung
5401	5.660040	Neubau Werther Straße/Derichsberger Straße Beiträge	0	0	0	0	0	-1.150.000	schieben in "spätere Jahre"	SPD/CDU
5401	5.660040	Neubau Werther Straße/Derichsberger Straße LZ	0	0	0	-405.000	+135.000	+270.000	sh. Tabellenblatt "Änderung LZ Werther Str."	SPD/CDU
5403	5.660105	Beitr. Geh-/Radw. Essiger Str/Brein.Berg	0	0	0	-630.000	0	0		SPD/CDU
5406	5.660111	LZ Parkhaus Hauptbahnhof	2.176.000	-810.000	0	+810.000	0	0	0 analog Ausz. rd. 81 % der Einz. schieben	SPD/CDU
6101	5.200000	Investitionspauschale	1.832.000	+34.000		+35.000	+36.000	+37.000	Anpassung gem. 2. Modellrechnung GFG 2014	Verwaltung
				+624.000		-190.000	+171.000	-843.000		
		Veränderung Kreditbedarf		-3.449.400		+620.600	+1.054.200	+1.558.600		
		Kreditbedarf gem. Entwurf		9.627.900		4.119.000	3.176.200	-3.291.800		
		Kreditbedarf neu unter Berücksichtigung der Änderungen		6.178.500		4.739.600	4.230.400	-1.733.200		
		planmäßige Tilgung gem. Entwurf		7.900.000		7.000.000	6.900.000	6.200.000		
		Veränderung Schuldenstand gem. Entwurf		+1.727.900		-2.881.000	-3.723.800	-9.491.800		
		Veränderung Schuldenstand neu		-1.721.500		-2.260.400	-2.669.600	-7.933.200		

Änderungen SPD/CDU Koalition gegenüber Haushaltsplanentwurf 2014

Erl. Nr.	Produkt/ Kostenstelle	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz 2014 alt	Ansatz 2014 neu €	Verbess. (+)/ Verschlech. (-)	Ansatz 2015 alt €	Ansatz 2015 neu €	Verbess. (+)/ Verschlech. (-)	Ansatz 2016 alt €	Ansatz 2016 neu €	Verbess. (+)/ Verschlech. (-)	Ansatz 2017 alt €	Ansatz 2017 neu €	Verbess. (+)/ Verschlech. (-)
12.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	4111000	Schlüsselzuw. v. Land	29.260.000	29.470.000	210.000	30.140.000	30.355.000	215.000	31.500.000	31.720.000	220.000	32.790.000	33.020.000	230.000
12.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	4051000	Leist. n. d. Familienleistungsausgl.gesetz	2.110.000	2.070.000	-40.000	2.212.000	2.170.000	-42.000	2.272.000	2.230.000	-42.000	2.331.000	2.290.000	-41.000
17.	1.11.15.01	Immobilienmanagement	4541100	Erträge aus Verkauf Grundstücke	0	1.470.235	1.470.235	0	0	0	75.000	75.000	0	0	0	0
20.	diverse	Schulen	4141000	Zuw/Zu Land	117.500	235.000	117.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	4013000	Gewerbesteuer	23.466.000	22.200.000	-1.266.000	23.210.000	23.500.000	290.000	23.094.500	22.950.000	-144.500	23.573.000	23.450.000	-123.000
	Erträge gesamt				54.953.500	55.445.235	491.735	55.562.000	56.025.000	463.000	56.941.500	56.975.000	33.500	58.694.000	58.760.000	66.000
1.	diverse	Gebäudekostenstellen	5211000	Ul Grundst./Gebäude	3.180.000	3.000.000	180.000	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0
2.	230051	Wohnung "Alte Velau" 27	diverse	Bewirtschaftung Gebäude	6.400	0	6.400	6.536	0	6.536	6.678	0	6.678	6.828	0	6.828
3.	230121	Sozialwohnung	5211000	Ul Grundst./Gebäude	2.845	4.449	-1.604	2.845	4.449	-1.604	2.845	4.449	-1.604	2.845	4.449	-1.604
4.	1.36.05.21	Kiga allgemein	5215000	Unterhaltung BuG	164.100	194.100	-30.000	98.600	98.600	0	91.600	91.600	0	91.600	91.600	0
5.	1.57.05.01	Tourismus	5241900	Reinigung	14.500	1.500	13.000	15.000	2.000	13.000	15.400	2.400	13.000	15.900	2.900	13.000
6.	1.57.05.01	Tourismus	52 4r	Sach-/Dienstleistungen	51.188	31.188	20.000	51.788	31.788	20.000	52.280	32.280	20.000	52.887	32.887	20.000
7.	1.42.05.01	Hallenbad Glashütter W.	5291000	Sonst. Dienstleistungen	3.900	7.400	-3.500	3.900	3.900	0	3.900	3.900	0	3.900	3.900	0
8.	1.57.01.03	Wirtschaftsförderung	5291000	Sonst. Dienstleistungen	120.000	0	120.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9.	1.11.10.01	IT-Management	5291000	Sonst. Dienstleistungen	4.300	64.300	-60.000	4.400	4.400	0	4.500	4.500	0	4.600	4.600	0
10.	1.57.03.02.04	Kupfermeistertreffen	5431120	Sonst. Geschäftsaufw.	16.200	10.000	6.200	0	0	0	16.200	10.000	6.200	0	0	0
11.	1.21.08.01	Sonst. schul. Aufgaben	5215000	Unterhaltung BuG	2.000	12.000	-10.000	27.347	37.347	-10.000	2.000	12.000	-10.000	2.000	12.000	-10.000
12.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	5372000	Städteregionsumlage	33.684.786	33.780.000	-95.214	35.000.733	35.100.000	-99.267	35.615.860	35.620.000	-4.140	36.518.117	36.520.000	-1.883
13.	1.36.03.14	Vollzeitpflege § 33	5029000	Sonst. Beschäftigte	55.000	0	55.000	55.000	0	55.000	55.000	0	55.000	55.000	0	55.000
13.	1.36.03.14	Vollzeitpflege § 33	5331000	Soz Lst natür P a E	0	55.000	-55.000	0	55.000	-55.000	0	55.000	-55.000	0	55.000	-55.000
13.	1.25.06.01	Heimat- und Kulturpflege	5019000	Sonst. Beschäftigte	47.600	0	47.600	47.600	0	47.600	47.600	0	47.600	47.600	0	47.600
13.	1.25.06.01	Heimat- und Kulturpflege	5291000	Sonst. Dienstleistungen	0	47.600	-47.600	0	47.600	-47.600	0	47.600	-47.600	0	47.600	-47.600
14.	1.57.01.01	Dienstleistungszentrum	5315000	Zuw/Zu lfd Zw verb U	132.000	120.000	12.000	132.000	120.000	12.000	132.000	120.000	12.000	132.000	120.000	12.000
15.	8010	Bücherei	5215000	Unterhaltung BuG	48.500	48.500	0	48.200	25.000	23.200	45.000	25.000	20.000	45.000	25.000	20.000
16.	diverse	Schulen	diverse	Schulbudget	186.226	203.226	-17.000	188.512	205.512	-17.000	190.863	207.863	-17.000	193.189	210.189	-17.000
18.	1.11.10.01	IT-Management	5422300	Lizenzen/Konzessionen	726.100	744.100	-18.000	700.950	718.950	-18.000	707.950	725.950	-18.000	714.950	732.950	-18.000
19.	diverse	Schulen	5215000	Unterhaltung BuG	23.280	177.680	-154.400	23.930	67.830	-43.900	24.580	68.480	-43.900	25.230	69.130	-43.900
20.	diverse	Schulen	5314000	Zuw/Zu lfd. Zwecke	117.500	235.000	-117.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21.	1.25.02.03	Handwerksmuseum "In der Torburg"	5291000	Sonst. Dienstleistungen	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000
21.	1.25.02.03	Handwerksmuseum "In der Torburg"	5811010	Aufw. int. Leist. TBA	626	0	626	667	0	667	681	0	681	697	0	697
21.	1.52.03.03	BgA Burg	5291000	Sonst. Dienstleistungen	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000
21.	1.52.03.03	BgA Burg	5811010	Aufw. int. Leist. TBA	5.631	0	5.631	6.007	0	6.007	6.132	0	6.132	6.275	0	6.275
21.	1.52.03.03	BgA Burg	diverse	Tariflich Beschäftigte	47.120	4.395	42.725	48.548	5.823	42.725	49.518	6.793	42.725	50.510	7.785	42.725
21.	1.52.03.03	BgA Burg	5241901	Reinigungsmittel	50	0	50	50	0	50	50	0	50	50	0	50
21.	1.57.03.02.07	BgA Burggastronomie	5291000	Sonst. Dienstleistungen	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000
21.	232020	Burg/Burggastronomie	5241900	Reinigung	800	0	800	830	0	830	860	0	860	900	0	900
21.	1.57.03.02.07	BgA Burggastronomie	5291000	Sonst. Dienstleistungen	0	63.500	-63.500	0	63.500	-63.500	0	63.500	-63.500	0	63.500	-63.500
21.	1.42.05.01	Hallenbad Glashütter W.	diverse	Tariflich Beschäftigte	390.869	433.594	-42.725	403.797	446.522	-42.725	411.873	454.598	-42.725	420.111	462.836	-42.725
22.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	5341000	Gewerbesteuerumlage	1.659.212	1.569.697	89.515	1.641.111	1.661.616	-20.505	1.632.944	1.622.727	10.217	1.666.778	1.658.081	8.697
22.	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen	5342000	Finanzbeteil Fonds D	1.611.806	1.524.848	86.958	1.594.222	1.614.141	-19.919	1.586.289	1.576.364	9.925	1.619.156	1.610.707	8.449

Aufwendungen gesamt			42.320.539	42.332.077	-11.538	43.120.573	43.313.978	-193.405	43.720.603	43.755.004	-34.401	44.694.123	44.735.114	-40.991
		Saldo			480.197			269.595			-901			25.009

Erläuterungen:

1. Änderungen SPD/CDU Koalition Reduzierung des UI Ansatzes für die Instandhaltung städt. Gebäude auf 3.000.000 €
2. Verkauf der Wohnung Alte Velau 27. Ansätze brauchen nicht mehr berücksichtigt werden.
3. Anpassung des UI Ansatzes wieder auf 3.000.000 € (sh. Punkt 2/UI i.H.v. 1.604 € entfällt)
4. Nachmeldung Fachamt für die U3 Erweiterung Kita Mausbach (Anschaffungen unter 410 €)
5. Irrtümliche Veranschlagung vom Fachamt.
6. Änderungen SPD/CDU Koalition
7. Nachmeldung Fachamt für das Coaching des Hallenbadpersonals
8. Änderungen SPD/CDU Koalition
9. Änderungen SPD/CDU Koalition Die bei dem Produkt 1.11.10.01 IT-Management veranschlagten Aufwendungen i.H.v. 60.000 € für die Maßnahme "Machbarkeits- studie/ strategische Analyse zur Breitbandversorgung im Stadtgebiet Stolberg" dürfen erst nach gesonderter Beschlussfassung des Rates in Anspruch genommen werden.
10. Änderungen SPD/CDU Koalition
11. Nachmeldung Fachamt für Unterhaltung BuG Gegenstände unter 410 € (vormals Sondervermögen investiv)
12. Veränderte Plandaten aufgrund der 2. Modellrechnung 2014 auf der Basis des v.d. Landesregierung beschlossenen Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2014 - vorläufig -
13. Geänderte Kontierung aufgrund Personalcontrolling durch Herrn Aretz.
14. Änderungen SPD/CDU Koalition
15. Änderungen SPD/CDU Koalition Von den für die Beschaffung der Medien veranschlagten Aufwendungen i.H.v. 48.500 dürfen 23.500 € erst nach gesonderter Beschlussfassung des Rates (Konzept Schwerpunkte Bücherei) in Anspruch genommen werden.
16. Änderungen SPD/CDU Koalition
17. Vermarktung der Grundstücke "Alt Breinig" (1.395.235 €) und "Spielfläche Fleuth" (75.000 €).
18. Nachmeldung Fachamt für jährliche Produktkosten SEPA
19. Nachmeldung Fachamt für Unterhaltung BuG Gegenstände/Einrichtung unter 410 € für Schulen
20. Nachmeldung Fachamt für Maßnahme "Geld oder Stelle" bei diversen Schulen (ergebnisneutral)
21. Umstrukturierung Burgbetrieb (Vorlage HA/Rat v. 19.11.2014)
22. Anpassung Ansatz 2014 an derzeitiger Sollstellung (Stand 15.11.2013). Steigerung 2015 auf Basis OD. Ab 2016 keine weitere Steigerung OD. Ansätze bleiben auf einem vorsichtig geschätzten in etwa gleichbleibendem Niveau.

Die in § 1 des Entwurfes der Haushaltssatzung 2014 enthaltenen Gesamtbeträge der Erträge und Aufwendungen sind um die Finanzerträge/Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen zu ergänzen.

Entwurf Ergebnisplan neu

		vorl. Ist 2011 Stand: 01.02.13	vorl. Ist 2012 Stand: 01.02.13	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017
40	Steuern und ähnliche Abgaben	53.515.860	56.639.662	59.338.600	62.203.300	63.158.000	65.133.800
41	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	31.516.895	28.526.276	37.529.256	37.513.008	38.800.693	39.117.385
42	Sonstige Transfererträge	953.258	977.266	647.000	647.000	647.000	647.000
43	Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte	24.275.974	25.091.336	25.191.528	25.291.528	25.691.528	25.786.828
44	Privatrechtl. Leistungsentgelte	2.463.256	2.364.791	2.101.213	1.905.213	1.905.213	1.903.952
448/449	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.952.258	8.019.199	7.512.318	7.355.019	7.504.036	7.573.869
45	Sonstige ordentliche Erträge	5.850.983	4.061.701	5.320.685	3.850.450	3.925.450	3.850.450
46	Finanzerträge	2.226.848	1.581.674	2.260.000	2.310.000	2.300.000	2.230.000
	Sonderposten	3.285.143	3.236.295	3.743.428	3.743.428	3.743.428	3.743.428
47	Eigenleistungen	451.490	412.387	142.683	215.263	59.140	47.340
	Gesamterträge (ohne Leistungsverrechnungen)	131.491.965	130.910.586	143.786.711	145.034.209	147.734.488	150.034.052
50	Personalaufwendungen	28.983.072	29.345.767	30.861.975	31.609.727	32.069.875	32.668.104
51	Versorgungsaufwendungen	3.197.438	2.839.384	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000
52	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.953.193	18.608.387	19.753.638	19.186.907	19.338.254	19.826.336
53	Transferaufwendungen	53.765.058	57.697.680	65.636.507	67.327.954	67.991.628	69.179.824
54	Sonstige ordentl. Aufwendungen	7.510.309	3.243.462	5.812.768	5.647.318	5.692.171	5.815.078
55	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.580.895	3.728.092	3.800.000	3.575.000	3.985.000	3.808.000
	Abschreibungen	13.180.090	14.691.084	13.330.886	13.330.886	13.330.886	13.330.886
	Aufwand für Rückstellungen	1.400.000	1.300.000	2.604.633	2.281.759	2.257.484	2.314.269
	Gesamtaufwand (ohne Leistungsverrechnung)	136.570.056	131.453.857	144.850.408	146.009.551	147.715.299	149.992.497
	Ergebnis	-5.078.091	-543.271	-1.063.697	-975.343	19.189	41.555

Haushaltsrede des Bürgermeisters zum Haushalt 2014

Ratssitzung am 19.11.2013

Es gilt das gesprochene Wort:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Entwurf des Haushaltes 2014 liegt Ihnen vor und wird heute beraten.

Vorab möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, insbesondere bei den Damen und Herren der Kämmerei, bedanken, die hier eine Mammutaufgabe gestemmt haben, neben den sehr zeitintensiven Arbeiten im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, den HH aufzustellen.

Diese Arbeit hat sich gelohnt, da wir nunmehr, wie es auch nach den rechtlichen Rahmenbedingungen vorgeschrieben ist, einen Haushalt so zeitig einbringen, dass nach Beschlussfassung und Genehmigung eine ordnungsgemäße Umsetzung durch die Verwaltung gewährleistet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist ein Haushalt, der es nach vielen Jahren wieder ermöglicht, in ein ordnungsgemäßes Handeln zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einzusteigen. Er ist geprägt von sinnvollen Sparmaßnahmen, notwendigen Investitionen und insbesondere ist der Haushalt der Stadt in allen Bereichen, wie z.B. Sport, Bücherei, Bürgerhäuser gut aufgestellt, um die notwendige Daseinsfürsorge für die Bevölkerung sicher zu stellen.

Lassen Sie mich kurz in die Vergangenheit schauen, damit noch deutlicher wird, auf welchem gutem Weg wir uns befinden. Seit 2002 hat es keinen Ausgleich des konsumtiven Haushalts gegeben. Trotz aller Sparbemühungen verschlangen insbesondere die

Sozialleistungen riesige Summen, deren Finanzierung eine Erhöhung der Kassenkredite zur Folge hatten.

Eine vollkommen ungesunde Entwicklung, die in vielen Städten Nordrhein-Westfalens zu völligen Verwerfungen in der Finanzpolitik führten.

Die Kassenkredite erreichten im Jahre 2010 einen Höchststand in Höhe von 113.800.000 Euro.

Trotz dieser Finanzmisere ist es immer wieder gelungen, diese Stadt unter den schlechtesten Rahmenbedingungen am Leben zu erhalten und vor einem gesellschaftlichen Kollaps zu bewahren.

Durch ein Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen wurde in 2012 erstmals die Möglichkeit eröffnet, eine finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Zeitgleich zu diesem neuen Verfahren eröffnete die in Stolberg gebildete Koalition aus SPD und CDU neue Perspektiven und es wurden in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Beschlüsse gefasst, die Vorgaben des Landes zu erfüllen. Auch durch die zusätzliche Bereitstellung von 5 Millionen Euro jährlich aus dem Stärkungspakt erwarten wir in Stolberg bis zum Jahre 2016 einen ausgeglichenen Haushalt.

Der Ihnen jetzt vorliegende Entwurf ist eine konsequente Fortführung von sparen und sinnvollen Investitionen. Bereits Ende 2014 wird der Kassenkredit von seinem Höchststand von 113.800.000 € auf 102.400.000 Euro um 11.400.000 Euro (das sind ca. 11 %) gesenkt werden können. Die Planung im Stärkungspakt sieht bis 2017 eine Reduzierung auf 85.000.000 Euro vor.

Die Investitionskredite werden von ihrem Höchststand in 2010 von ca. 101.000.000 Euro in 2017 auf ca. 82.000.000 Euro, um 19.000.000 Euro gekürzt. Das sind ca. 19 %.

Insgesamt 2010 = 215.000.000, um 47,5 Mio € auf 167.500.000 €

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
dies ist gelungen und es wurden trotzdem große kommunaler Investitionen im Jugend- und Schulbereich getätigt.

Stolbergs Schullandschaft ist zukunftssträchtig, beispielhaft für die Region blendend aufgestellt. Es gibt eine neue Gesamtschule, eine Sekundarschule und in allen Schulgebäuden, insbesondere auch für die Ganztagsbetreuung Investitionen, Mensen wurden gebaut, Freizeitangebote geschaffen.

Im Bereich der Kindertagesstätten wurde das Ziel der U 3 bzw. der U 2 Betreuung voll erreicht, so dass nach den bereits in der Vergangenheit geschaffenen Angeboten der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen nunmehr in Stolberg ein durchgängiges Betreuungsangebot gesichert ist. Die selben Erfolge ergeben sich im Bereich Kultur, Touristik, etc.

Dies sind für mich die besten Garanten unsere Heimatstadt lebenswert zu machen und für alle Bevölkerungsgruppen in Stolberg attraktive Angebote vorzuhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nebenbei bemerkt ist dies die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung unserer Heimatstadt, um bestehende Unternehmen zu sichern und neue Bürgerinnen und Bürger nach Stolberg zu holen. Dieses Konzept geht auf.

Wenn auch die Arbeitslosenzahlen für unsere Stadt erschreckend sind und unsere ganze Kraft darauf abzielen muss, Arbeitsplätze zu halten und zu schaffen, so zeigen aber die bereinigten Zahlen ein weitaus positiveres Bild. Stolberg ist nach wie vor durch die Arbeitsplätze in den großen Firmen geprägt. Allein hier erfolgte in den letzten Jahren, bedingt durch den Strukturwandel und nicht in Stolberg getroffene Konzernentscheidungen, ein Arbeitsplatzabbau von über 500 Stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zurückkommend auf die vorliegenden Zahlen bedarf es noch einiger Erläuterungen:

Die Koalition aus SPD und CDU hat verabredet, die Investitionen nicht in eine Neuverschuldung zu bringen und den freiwilligen Bereich nicht auszuweiten.

Dieses Ansinnen wird von mir grundsätzlich unterstützt.

Nach Absprache hat der Kämmerer einen Entwurf vorgelegt, den ich bestätigt habe und in dem bewusst Gestaltungspotential in Absprache mit der Koalition vorhanden war, um politische Prioritäten zu setzen.

Im freiwilligen Bereich habe ich vorgeschlagen, Mittel für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen einzusetzen. Ebenfalls war der freiwillige Bereich durch eine notwendige buchhalterische Verschiebung belastet.

Vor dem Hintergrund einer möglichst günstigen Steuergestaltung wurde für die Sporthallen ein Betrieb gewerblicher Art gegründet. Dies führt zwar zu steuerlichen Ersparnissen, aber auch dazu, dass ca. 423.000 Euro an den Unterhaltungskosten für diese Sportstätten dem freiwilligen Bereich zugeordnet werden mussten. Weiterhin wurden in den vergangenen Haushalten ca. 300.000 Euro für freiwillige Ausgaben deklariert, die sich auf die Unterhaltungskosten des offenen Ganztags in den Grundschulen bezog.

Diese Einschätzung wurde von dem zur Zeit amtierenden Kämmerer berichtet. Somit war der konsumtive Bereich auch im Entwurf bereits ausgeglichen.

Vereinbarungsgemäß wurden im investiven Bereich die Maßnahmen für 2013 aufgeführt, die für den ordnungsgemäßen Umgang mit städtischem Vermögen grundsätzlich notwendig waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

unter den Vorgaben des Spardiktates betreiben wir seit Jahren einen Werteverzehr. Die Abschreibungen übersteigen die Investitionen bei weitem.

Um zu dokumentieren, dass dies über Jahre zu finanziellen Verlusten führt, erfolgten die Ansätze.

Als Beispiel sind die Betriebsgebäude des Technischen Betriebsamtes genannt. Hier entstehen durch fehlende Investitionen laufend hohe Reparatur- und Unterhaltungskosten und ein notwendiges Invest wird unumgänglich.

Deshalb bin ich froh, dass die große Koalition aus SPD und CDU in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine sinnvolle Änderungsliste vorlegt, die im Spagat den Anforderungen des notwendigen Invests und der Generationengerechtigkeit nachkommt.

Das im Entwurf dargelegte Überschreiten des Sparziels von 1,7 Millionen Euro wurde nicht gestrichen, sondern durch reale Zeitplanungen, insbesondere durch Verpflichtungsermächtigungen in die nächsten Haushalte eingebracht. Das Sparziel ist erreicht und die Verwaltung ist in der Lage, entsprechende Arbeiten und Vorarbeiten zu leisten.

Somit ist die Stadt Stolberg dank der guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und kommunalpolitischer Gestaltung im Rat in der glücklichen Lage, für Ihre Bürgerinnen und Bürger ein sinnvolles Haushalten nachzuweisen.

Abschließend erlauben Sie mir den Hinweis, dass der Stärkungspakt im Endeffekt nur dadurch erreicht wurde, dass die prognostizierten Defizite durch eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer kompensiert wurden. Dieser Schritt war schmerzlich, aber notwendig. Ich bin den Weg des Stärkungspaktes mit voller Überzeugung mitgegangen und habe die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Industrie mitgetragen.

Genau so deutlich sage ich, dass es von mir als Bürgermeister keinen weiteren Vorschlag zur Steuererhöhung geben wird, egal wie sich die Haushaltsslage entwickelt, da diese Belastung von den Menschen und den Unternehmen nicht mehr getragen werden können.

Man sollte in diesem Bereich bei weiterhin positiver Entwicklung immer darüber nachdenken, ob vertretbar gegengesteuert werden kann.

Abschließend möchte ich mich bei allen, die sich in der Haushaltssanierung eingebracht haben, bei Ihnen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates, für die konstruktive und gute Zusammenarbeit bedanken.

Ausführungen der SPD Fraktion zum Haushalt 2014 am 19.11.2013

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2014 ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Die Verwaltung hat ihren stärkungspaktkonformen Entwurf zeitgerecht vorgelegt. Die Große Koalition machte die Vorgabe, dass die Verwaltung die Anmeldungen der Fachämter ungekürzt in ihren Entwurf aufnimmt und dass es dem Rat diesmal vorbehalten bleibt, diesen Entwurf mit seinen politischen Vorgaben abzugleichen.

Mit dem – durch die Änderungsliste - ergänzten Haushaltsentwurf übererfüllen wir die Vorgabe des Stärkungspaktes, mit einem Fehlbetrag 2014 von nur noch 1.063 Mio. € und der Perspektive, 2016 den Haushaltsausgleich schaffen, bei voller Erwirtschaftung der Abschreibungen. Mit einem Kreditbedarf zur Finanzierung neuer Investitionen von 6.1 Mio. € bleiben wir deutlich unter dem Tilgungsbetrag also der Rückzahlung von Krediten von 7.9 Mio. €.

In der mittelfristigen Planung bis 2017 senken wir die Gesamtverschuldung von 2012 um 75 Mio. € auf 132 Mio. €. Die besonders kritischen Kassenkredite darin enthalten sinken von 2012 bis 2017 um 37 Mio. €.

Der ergänzte Haushaltsentwurf wird dem Anspruch der Großen Koalition in dieser Wahlperiode gerecht: keine neuen Schulden und Deckelung der sogenannten Freiwilligen Ausgaben.

Die bisherige Entwicklung zeigt, dass die ausgewogene, maßvolle und berechenbare Haushaltspolitik der Koalition erfolgreich und gut für unsere Stadt ist. Mit Augenmaß und Umsicht setzen wir auf den Dreiklang einer konsequenten Konsolidierungspolitik, der Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Miteinanders durch den Erhalt von unverzichtbaren Standards im Jugend-Sozial-Sport und Kulturbereich und auf neue, zukunftssichernde Investitionen.

Wir werden weiter in frühkindliche Betreuung und Bildung investieren. Mit 900.000 € ist die Modernisierung und Sanierung der Offenen Ganztagsgrundschule in Mausbach in Angriff genommen. Wir setzen die aufgabengerechte Ausstattung von Gesamtschule und Sekundarschule fort und investieren weiter in zeitgerechte Medien- und IT Ausstattung.

Wir kommen den berechtigten Forderungen der Bücherei nach und stellen im Zusammenhang mit einem zukunftsorientierten Konzept 48.000 € zur Verfügung für die Beschaffung neuer Medien.

Unsere Einschätzung, dass sich der Tourismus zu einem immer wichtigeren Standort- und Wirtschaftsfaktor entwickelt bestätigt sich voll. Deshalb werden wir die Aktivitäten zielführend weiter verstärken und finanzieren.

Für die Modernisierung von Sportplätzen sieht der Entwurf Kosten von 2.2 Mio. € vor, die allerdings – wie immer wieder gesagt- nicht auf Pump sondern voll gegenfinanziert werden müssen aus Erlösen aus dem Baulandverkauf veralteter und nicht mehr benötigter Sportplätze.

Trotz Vorleistungen – Öffnung des Oberen Steinwegs für PKW Verkehre, zusätzliche Parkplätze im Oberen Steinweg, Schaffung von Parkplätzen An der Krone, Ansiedlung von Kaufland als Kundenmagnet, Attraktivitätssteigerung des Burgbereiches und erfolgreicher Belebung des Tourismus- sind die notwendigen Investitionen vieler Haus- und Grundbesitzer noch weit hinter den Erwartungen und Erfordernissen zurückgeblieben . Deshalb erhoffen wir uns durch ein städtisches Pilotprojekt erneut eine Initialzündung für die dringend gewünschte Wiederbelebung des Steinwegbereiches. Trotz unserer begrenzten finanziellen Möglichkeiten stellen wir 250.000 € im Haushalt für diesen Zweck bereit und stellen damit die Weichen auf „Packen wir es an“ statt Resignation.

Auch für die Rathausstrasse und den Bastinsweiherbereich haben wir Mittel bereitgestellt. Damit können wir kurzfristige Maßnahmen durchführen und Zuschussanträge stellen, um die Modernisierung der Innenstadt weiter voranzutreiben. Wir sagen ja zu einem vitalen Stadtzentrum in der größten Stadt der Städteregion aber nicht - anstatt sondern - neben der weiteren Stärkung unserer lebenswerten Stadtteile.

Der Hauptbahnhof ist das Einfallstor unserer Stadt. Nicht zuletzt durch die Euregiobahn ein bedeutender Knotenpunkt des schienengebundenen

Personennahverkehrs. Wir anerkennen dankbar die Initiativen eines privaten Unternehmens, den Bereich optisch aufzuwerten und wollen ihm auf diesem Wege folgen. Im Haushalt sind die Voraussetzungen geschaffen für den Bau weiterer Parkplätze, die für die steigende Zahl an Ein- und Auspendlern dringend erforderlich sind und endlich für einen barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen nach Aachen und Köln.

Bei einer Fahrt durch unsere Stadt bleibt nicht verborgen, dass aus finanziellen Gründen viele Straßen und Brücken in einem desolaten Zustand sind. Überfällige Sanierungen müssen deshalb jetzt in Angriff genommen werden. Konkret gibt der Haushalt grünes Licht für den Bereich Nachtgälchen, die Aachener Strasse, die Rhenaniastrasse, die Werther-/Derichsberger Str, die Obere Donnerbergstrasse, die Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf der Sebastianusstrasse und eine Reihe kleinerer Maßnahmen, die Bestandteil einer umfangreichen Prioritätenliste sind, auf die sich die Koalition verständigt hat.

Mit der Gründung der Stolberger Bauland GmbH (ein joint Venture zwischen Stadt und Sparkasse) werden wir die Schaffung neuer Bebauungsmöglichkeiten beschleunigen . Stichworte sind: Stadtrandsiedlung, Corneliastrasse, Franzosenkreuz. Diese Initiative ist ein unabdingbarer Beitrag, dem Bevölkerungsrückgang entgegenzutreten, der bekannten demografischen Entwicklung gerecht zu werden und eine Abrundung unserer Bemühungen die sog. weichen Standortfaktoren zu stärken.

Wir begrüßen die Ankündigung der Verwaltung 2014 ein Handlungskonzept „Wohnen “ zu erarbeiten, dass Eckpunkte erarbeitet: bedarfsgerechten Wohnraum für Menschen mit Handicaps und Senioren, Teilbereiche vorzuhalten für öffentlich geförderten sozialen Wohnraum , Hilfestellung bei der Beantragung von Wohnbauförderungsmitteln, Schaffung von bezahlbarem Mietwohnraum und Ausweisung von preislich attraktiven Wohnbaugrundstücken für junge Familien.

Die angesprochenen weichen Standortfaktoren sind auch ein Beitrag zur kommunalen Wirtschaftsförderung, deren Schwerpunkt bei realistischer Betrachtung ist, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, um unsere Stadt für Investoren aus Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie noch anziehender zu machen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit geben uns leider unverändert Anlass zu großer Sorge. Als Stadt haben wir keine Handlungsoptionen gegen Globalisierung, Automatisierung, Nachfrageänderungen im produzierenden Gewerbe. Den Strukturwandel, der viele tausend Arbeitsplätze in unserer Stadt kostet, verkraften wir weitgehend alleine, ohne direkte Zahlungen Dritter. Anders als beispielsweise im Bergbau und der Schiffsindustrie, wo in vergleichbarer Situation millionenschwere Bundes- und Landeshilfen diesen Prozess abgefedert haben.

Unsere Aufgabe ist, im Rahmen der verstärkten Bestandspflege die Dienstleistungen für unsere Betriebe weiter professionalisieren. Dazu wird in einer breit angelegten Umfrage der Servicebedarf zu ermitteln sein.

Es bleibt ein bedauerliches Defizit, dass weiterhin kein gemeinsames, städteregionales Gewerbeflächen- und Neuansiedlungsmarketingkonzept in Sicht ist. Es bleibt deshalb Aufgabe vor Ort, uns in bestehende Netzwerke und Zweckverbände einzubringen, weil nur eine Kombination aus Bestandspflege und Neuansiedlung dazu führen wird, das unzureichende Arbeitsplatzangebot spürbar zu erhöhen. Hader und Selbstmitleid über unverschuldete Imageprobleme und vermisste Autobahnanschlüsse helfen nicht weiter. Wir brauchen ein Klima des Aufbruchs, des Willkommens für Investoren, ein Herausstellen unserer Stärken: die reizvolle Altstadt, preisgünstige und attraktive Gewerbeflächen, beispielhaftes Bürgerengagement, eine hervorragende Jugendbetreuung, ein zukunftsgerechtes Schul- Bildungs- und Betreuungsangebot, Wille und Fähigkeit Pläne und Konzepte künftig nicht in Schubladen vermodern zu lassen, sondern zielstrebig und beherzt umzusetzen und dabei auch kalkulierte Risiken zu akzeptieren. Freude am Gelingen statt Lethargie und Resignation, das ist die Kultur, die wir brauchen und an der wir arbeiten.

Wir ziehen eine überaus positive Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Dennoch werden wir Schwachpunkte nicht verschweigen, auch wenn sie sich unserer Einflussnahme weitergehend entziehen.

Wir begrüßen nachdrücklich die Aktivitäten der Landesregierung, die kommunalen Finanzen zu sanieren durch die Mittel des Stärkungspaktes und der Zuweisungen an die Kommunen, die erstmalig 2014 die 9 Milliarden Grenze übersteigen. Dies wird möglich durch

konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen und das historisch niedrige Zinsniveau. Wir gehen nicht davon aus, dass Beides von Dauer sein wird. Die strukturellen Haushaltsprobleme der Kommunen werden deshalb nicht behoben. Wir wünschen, dass die neue Bundesregierung dauerhaft bereit ist, größere Anteile der unverändert explodierenden Sozialkosten zu übernehmen.

Mit der Haushaltssanierung wollen wir unsere Handlungsfähigkeit stärken und Gestaltungsspielräume zurückgewinnen. So ist es richtig, dass die Koalition bisher nicht mehr investiert als sie an Krediten zurückzahlt. Kreditfinanzierte Investitionen sind jedoch kein Werkzeug des Teufels sondern dort hinnehmbar, wo langfristig nutzbare Werte geschaffen werden. Diese können auch langfristig finanziert werden. Hier hat Bürgermeister Gatzweiler zu Recht auf eine Schieflage hingewiesen. Seit Jahren investieren wir deutlich weniger als wir abschreiben, d.h. an Vermögen verzehren. Bedeutet langfristig ,eine schädliche Erosion der städtischen Infrastruktur: Straßen, Brücken, Gebäude, Kanäle usw. Sobald wir nachhaltig erreichen, dass wir laufende Ausgaben durch Einnahmen und nicht durch Schulden finanzieren können werden wir in der nächste Legislaturperiode drauf drängen sinnvolle Projekte und notwendige Initialzündungen auch fremdfinanziert wieder verstärkt auf die Schiene zu setzen, um unser Stolberg fit zu machen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ergänzt um die Änderungsliste der Koalition wird sowohl den bekannten finanziellen Zwängen gerecht als auch dem Anspruch des Rates, die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Er ist ein zustimmungsfähiges Angebot und Einladung an alle Ratskolleginnen und –kollegen, die mit uns gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt übernehmen wollen.

Unser Dank gilt abschließend der Verwaltung, die mit uns sachkundig und loyal in den letzten Wochen gearbeitet hat und unserem Koalitionspartner für die sachliche und zielgerichtete Gesprächsatmosphäre in Vorbereitung dieser Sitzung.

Dr. Tim Grüttemeier
CDU-Fraktion

Rede zu den Haushaltsberatungen am 19.11.2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,
liebe Ratskollegen,
meine Damen und Herren,

bei den Haushaltsberatungen im Stolberger Stadtrat sind neue Zeiten angebrochen.

Bei den letzten Beratungen zum Haushalt 2012 und 2013 lag uns noch ein Haushalt vor, der von einem jährlichen Defizit in Höhe von 30 Mio. EUR ausging.

Es ist uns in der Koalition von CDU und SPD und mit Unterstützung der Grünen in diesem Rat gelungen, diese finanzielle Katastrophe für unsere Stadt abzuwenden und im Rahmen des „Stärkungspaktes“ die Finanzen unserer Stadt wieder in den Griff zu kriegen.

Wurden auch am Anfang gerade von der Opposition viele unserer Beschlüsse im Rahmen des Stärkungspaktes als „unrealistisch“ oder „Luftbuchungen“ abgetan, so zeigen die Jahresrechnung 2012 und die

bisherigen Auswirkungen für das Jahr 2013 sehr deutlich, dass die Politik von CDU und SPD erfolgreich ist.

Bei den städtischen Finanzen ist „Licht am Ende des Tunnels erkennbar“.

Gerade die Erfolge in den vergangenen beiden Jahren machen es jedoch umso wichtiger, dass wir diesen Weg konsequent fortsetzen und nicht in alte Muster zurück verfallen.

Leider müssen wir bei dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt für das Jahr 2014 feststellen, dass der von der Koalition eingeschlagene Weg nicht konsequent fortgesetzt werden soll.

Im konsumtiven Haushalt wurden von der Verwaltung alle Mittelanmeldungen der Fachämter übernommen, so dass ein Defizit von fast 3 Mio. EUR die Konsequenz wäre.

Aufgrund des uns im Stärkungspakt vorgegebenen finanziellen Korsetts darf das maximale Defizit im kommenden Jahr jedoch nur ca. 1,6 Mio. EUR betragen.

Man muss der Verwaltung zu Gute halten, dass sie selbst im Rahmen des Haushaltsentwurfs Vorschläge unterbreitet hat, um das im Stärkungspakt vorgegebene Defizit einzuhalten.

Leider beschränkt sich die Verwaltung jedoch bei den von ihr vorgenommenen Kürzungen exakt darauf, das vorgegebene Defizit für das Jahr 2014 einzuhalten.

Der Haushalt ist somit von einem kalkulierten Defizit von 1,56 Mio. EUR im konsumtiven Haushalt „auf Kante genäht“.

Jegliche Überschreitung eines Mittelansatzes würde somit dazu führen, dass wir gegen die Vorgaben des Stärkungspaktes verstoßen. Unter Berücksichtigung eines Haushaltsvolumens von insgesamt 140 Mio. EUR halten wir diesen Weg für zu riskant und haben daher als Koalition im konsumtiven Bereich konkrete Kürzungen vorgenommen, um das Defizit deutlicher zu senken.

Die Vorschläge der Koalition liegen Ihnen bereits im Rahmen der Nachtragsliste zum Haushalt schriftlich vor, ebenfalls hat Herr Kollege Wolf in seiner Rede die einzelnen Beschlüsse der Koalition dargelegt.

Ich möchte daher nur auf zwei Kürzungen im konsumtiven Bereich näher eingehen.

Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2012 und 2013 haben wir als Koalition den Vorschlag unterbreitet, dem der Rat sodann gefolgt ist, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltung der städtischen Gebäude auf 3 Mio. EUR gedeckelt werden und es der Verwaltung obliegt, die einzelnen erforderlichen Maßnahmen näher zu bestimmen und sodann durchzuführen. Die Verwaltung schlägt nun für den Haushalt 2014 einen Ansatz in Höhe von 3,18 Mio. EUR vor.

Unabhängig davon, dass sich die finanzielle Situation der Stadt in den letzten beiden Jahren gebessert hat, würden wir dies für ein falsches Signal halten und haben daher die Deckelung von 3 Mio. EUR auch für

das Jahr 2014 festgelegt und somit den Ansatz der Verwaltung um 180.000,- EUR gekürzt.

Des Weiteren hat die Verwaltung Mittel in Höhe von 120.000,- EUR für zwei besondere Konzepte angemeldet. Es handelt sich hierbei um einen Betrag in Höhe von 60.000,- EUR für ein Konzept zur Breitbandversorgung und um einen weiteren Betrag in Höhe von 60.000,- EUR für ein Konzept zur Wirtschaftsförderung.

Wir schlagen Ihnen vor, diese Beträge zu streichen, wobei im Hinblick auf die Breitbandversorgung, bei Vorlage eines schlüssigen Konzepts, Mittel aus dem IT-Management zur Verfügung gestellt werden können.

Meine Damen und Herren,

die Kommunalwahl ist noch gut sieben Monate hin und die Haushaltsberatungen im Stolberger Stadtrat sind sicherlich auch nicht mit der Generaldebatte zum Haushalt im Deutschen Bundestag zu vergleichen.

Dennoch halte ich es für sehr bemerkenswert, wenn Sie, Herr Bürgermeister Gatzweiler, 60.000,- EUR für ein Konzept ausgeben wollen, um Wirtschaftsförderung in Stolberg betreiben zu können. Wirtschaftsförderung hat etwas mit persönlichem Einsatz des Bürgermeisters zu tun und bedarf keines umfangreichen und teuren Konzeptes.

Während die Verwaltung im konsumtiven Bereich des Haushaltes zumindest bereit war, die Vorgaben des Stärkungspaktes einzuhalten,

legt der Bürgermeister leider für den investiven Bereich einen Haushalt vor, mit dem unsererseits kein Einverständnis besteht.

Für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Investitionen wäre die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von ca. 9,7 Mio. EUR erforderlich. Diese liegt damit über der planmäßigen Schuldentilgung von 7,9 Mio. EUR, so dass wir die Schulden der Stadt im investiven Bereich erhöhen würden.

Dies widerspricht jedoch den klaren Vorgaben, die CDU und SPD für die Haushalte der Jahre 2012 und 2013 gemacht haben. Es ist uns bislang gelungen die Gesamtverschuldung der Stadt um fast 10 Mio. EUR zu reduzieren. Es ist daher aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren, wenn wir nun die investive Verschuldung im Jahr 2014 wieder erhöhen würden, so wie dies seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird.

Hierdurch würden nicht nur die Erfolge der vergangenen beiden Jahre konterkariert werden, sondern es würde auch dazu führen, dass man in altbekannte Muster zurückfällt und keinen konsequenten Sparkurs fortsetzt. Dieses Verhalten hat unsere Stadt jedoch zu der dramatischen finanziellen Situation geführt, vor der wir Ende 2011 standen.

Es muss daher unsere vordringlichste Aufgabe sein, dass zarte Pflänzchen der finanziellen Stabilisierung unserer Stadt weiter zu pflegen und nicht im erstbesten Moment platt zu treten.

Durch die von CDU und SPD vorgeschlagenen Änderungen im Bereich der Investitionen gewährleisten wir, dass wichtige Zukunftsprojekte für unsere Stadt angeschoben und in die städtische Infrastruktur investiert

wird. Dennoch muss es das oberste Ziel bleiben, dass wir die städtischen Finanzen weiterhin konsolidieren und auch die Verschuldung im investiven Bereich kontinuierlich abbauen.

Dass auch in den engen Vorgaben des Stärkungspaktes wichtige Investitionen für unsere Stadt möglich sind, zeigt bspw. die Errichtung des Parkhauses am Hauptbahnhof, die in den Jahren 2014 und 2015 finanziert werden kann.

Ebenfalls senden wir ein deutliches Signal an die Mitarbeiter der Verwaltung, indem im Haushalt 2014 die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um den Beförderungsstau weiter abzubauen.

Abschließend bitte ich auch die anderen Fraktionen um Zustimmung zum Haushalt 2014 unter Berücksichtigung der Änderungsliste der Koalition.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen Beschlüssen zum Haushalt 2014 den Weg zur finanziellen Konsolidierung unserer Stadt erfolgreich weitergehen, sinnvolle Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen und weiterhin bei unserem Grundsatz bleiben, der schon für die Jahre 2012 und 2013 galt: Bei allem Erfordernis zur finanziellen Konsolidierung dürfen die sozialen Strukturen unserer Stadt nicht zerschlagen werden.

Ich glaube, dass CDU und SPD mit den vorgeschlagenen Änderungen zum Haushaltsentwurf des Bürgermeisters diesem Grundsatz gerecht werden.

Abschließend bedanke ich mich bei unserem Koalitionspartner für die konstruktiven Haushaltsberatungen sowie bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, die mit der Erstellung des umfangreichen Haushaltes 2014 befasst waren. An dieser Stelle möchte ich einen besonderen Dank an die Mitarbeiter der Kämmerei aussprechen, die es unter Leitung von Willi Esser geschafft haben, den Haushalt so rechtzeitig vorzulegen, dass wir es nach vielen Jahren wieder schaffen, im November eines Vorjahres den Haushalt für das kommende Jahr zu beraten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Amlage 6)

**FDP- FRAKTION
IM RAT DER STADT
STOLBERG
BERNHARD ENGELHARDT
FRAKTIONSVORSITZENDER**

HAUSHALTSREDE

**vom 19.11.2013
zum Haushalt 2014**

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren, verehrte Gäste,

heute erleben wir hier im Rat wieder eine Glanzstunde der Demokratie.

Der Haushalt der Stadt wird im „Hau – Ruck“ Verfahren durchgezogen.

17:00 h Hauptausschuss - Einbringen des Haushaltes

18:00 h Rat - Beschluss des Haushaltes

Beratungen gibt es nicht!

Änderungen der Großen Koalition erfährt man aus der Presse aber nicht wie üblich im Voraus durch Änderungslisten.

Eine Auseinandersetzung mit den Änderungen ist nicht möglich, eine Beratung erst recht nicht.

Ich gehe davon aus, dass die Koalition nicht erwartet dass man unter diesen Voraussetzungen dem Haushalt zustimmen kann.

Oh, ich vergaß Bündnis 90 / Die Grünen stimmen ja immer zu – wie Herr Dr. Ingermann immer wieder gerne und mit Vehemenz betont.

Aber trotzdem ein Lob an die Große Koalition, wenn denn die Berichterstattung der Zeitung von heute Morgen stimmt, das die Verschuldung, im Gegensatz zum Haushaltsentwurf, nicht gesteigert werden soll.

Vorab zu meinen Ausführungen möchte ich betonen, dass ich nicht vorhabe an „Kleinigkeiten“ herum zu mäkeln und ich es positiv finde nicht weiter in die Verschuldung rutschen.

Ich werde jedoch Aufführen was zur positiven Entwicklung geführt hat.

Ob die Entwicklung weiterhin so positiv bleiben wird ist abzuwarten.

Also was hat zur Verbesserung beigetragen?

➤ Stärkungspaktmittel	4 900 000 €
➤ Grundsteuer B	4 000 000 €
➤ Gewerbsteuer	3 000 000 €
➤ Zinseinsparungen	3 000 000 €
Gesamt:	<u>14 900 000 €</u>

Die nächste Frage wäre, welche Komponente ist von der Großen Koalition beeinflussbar gewesen?

Stärkungspaktmittel: wohl eher nicht – Zwang durch die Landesregierung.

Grundsteuer B: Ja, aber nicht durch vermehrte Bautätigkeit, sondern durch Erhöhung der Grundsteuer auf 595v.H. um 202 Punkte in 2 Jahren auf einen Stand der in NRW seines gleichen sucht.

Gewerbsteuer: Ja, aber auch hier nicht nur weil es unseren Firmen so gut geht, sondern wiederum durch Steuererhöhung auf 495 v.H.

Dieser Steuersatz katapultiert uns in Bereiche von Großstädte mit hervorragenden Infrastrukturen wie

- Autobahnanschlüsse an Industriegebieten
- Breitbandanbindung
- Breite, gut ausgebaute Verkehrswege
- Häfen
- Theater
- Verladebahnhöfe
- etc.

Industriebetriebe haben bei diesen Voraussetzungen keinen Grund sich bei uns niederzulassen. Vorhandene Betriebe könnten auf Abwanderungsgedanken kommen.

Zinseinsparungen: Wohl auch eher nicht – glücklicher Weise scheint die Tiefzinsphase anzuhalten.

Auch gibt es noch Einsparungen durch Maßnahmen im Jugendamtsbereich, die jedoch noch vor der jetzigen Mehrheit beschlossen wurden.

Weitere Verbesserungen sind vorhanden aber zu gering um darauf einzugehen, wie die Erhöhung der Grundsteuer A - ca. 40 000 €.

Wie man erkennen kann, sind die Verbesserung zum großen Teil auf Einnahmeerhöhungen zurück zu führen.

Größere Einsparungen sind nicht erkennbar, wie bei einer großen Koalition nicht anders zu erwarten.

Ein, in meinen Augen, bemerkenswerter Punkt stellt die Erhöhung der Ausgaben in der „Freiwilligen Liste“ dar:

Von 6,380 Mill. - 2013

300.000 + 400 000 / 700 000

Auf 8,694 Mill. - 2014.

Das ist eine satte Erhöhung um ca. 2,6 Mill. € oder ca. 37%.

Auch gibt es noch einige Kuriositäten im Haushalt.

Bei den Eckdaten auf Seite 49 / Band 1 werden Daten anscheinend willkürlich verändert:

▪ Erhöhung Erlöse aus Holzverkauf	196 000 €
▪ Reduzierung Energiekosten	204 000 €
▪ Reduzierung U.I. TBA 2X	321 000 €
▪ Reduzierung Transferaufwendungen JA	180 000 €
▪ Reduzierung Personalkosten (Krankengeld Zeitrente, etc.)	440 000 €.

Holzverkauf - mag ja möglich sein.

Energiekosten – seltsam – auf Seite 50 / Band 1 wird detailliert erläutert aus welchen Gründen die Energiekosten steigen werden.

U.I. TBA – mag möglich sein wenn man in Kauf nimmt das die Gebäudesubstanz gänzlich den Bach runter geht.

Hier ist eine der Wertbereinigung in der Bilanz der Stadt erforderlich.

Transferleistungen Jugendamt – ist einfach pauschal gestrichen?

Welche Leistungen werden eingeschränkt?

Reduzierung Personalkosten – Krankengeld–wie das? Wird krank sein verboten?

Zeitrente – keine feste Größe?

Etc. - Stellenabbau?

Sie sehen: **„Nichts Genaues weiß man nicht.“**

Bemerkenswert ist die Äußerung des Stov. Kämmerers Willi Esser auf Seite 51 / Band 1, die lautet:

Eine im historischen Vergleich auch nur mäßige Erhöhung der Zinsen hätte dramatische Konsequenzen.

Das im Groben zum vorgelegten Haushalt.

In diesem Haushalt sind eventuell anstehende Mehrbelastungen erst gar nicht aufgeführt, bzw. angesprochen worden.

Inklusionskosten!

Die Große Koalition fand es in der Oktobersitzung des Hauptausschusses für nicht angebracht einen Antrag der FDP – Fraktion an die Verwaltung weiter zu leiten, indem diese aufgefordert wurde – mögliche Kosten – grob – zu ermitteln, die auf die Stadt Stolberg zukommen könnten falls die Landesregierung auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt, dass keine Mehrkosten entstehen und diese – falls doch – von den zuständigen Kommunen zu tragen wären.

Diese Situation ist **SPRENGSTOFF** für unseren Haushalt.

Im Gegensatz zu unseren beiden Volksparteien haben sich Städte und Gemeindebund, sowie Landkreistag mit dieser Problematik auseinander gesetzt.

Fazit dieser Erhebungen:

Für eine Stadt in der Größe Stolbergs würden sich die
Inklusionskosten für die Herrichtung der Schulen auf
einmalig ca. 3 – 4 Millionen belaufen.
Jährliche Folgekosten ca. 2 Millionen.

Diese Schätzung der Verbände halte ich für zu gering, wenn man bedenkt welche Ausstattung eine Schule im Inklusionsbetrieb benötigt:

- Aufzüge
- Rampen
- Sonderräume
- Therapieräume und vieles mehr

für Grundschulen, Gymnasien, Realschule, Sekundarschule und Gesamtschule.

Ich halte dieses Verhalten der Großen Koalition für sträflich leichtsinnig, da es sich anscheinend um eine bewusste Verschleierung handelt.

Ich hoffe, dass wir das nie bereuen müssen.

Zum Schluss möchte sich die FDP – Fraktion beim Stv. Kämmerer Willi Esser und seiner Mannschaft – politisch Korrekt auch – Frauenschaft, sowie der gesamten Verwaltung, für die bewältigte Mammutaufgabe der Haushaltserstellung im gesetzlichen Zeitraum bedanken.

Es gilt das gesprochene Wort

Amlage 7)

Fraktion B90/Die Grünen, Stolberg
F. Josef Ingermann, Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen /Innen der Fraktionen und Vertreter der Verwaltung,

wie Sie sicher alle gelesen haben, ist selbst die IHK mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zufrieden, oder, fast zufrieden. Man lobt die Konsolidierungsbemühungen der Stadt und, kritisiert natürlich den Gewerbesteuerhebesatz von 490%.

Also könnte man vielleicht sagen: Alles gut, denn daran müssen sie ja rummäkeln als Vertretung der Industrie.

Die IHK kritisiert allerdings auch, dass Bundesgesetze die Höhe der kommunalen Finanzlasten stark beeinflussen und fordert entsprechende Reformen. Wer bestellt, muss auch zahlen, sagt die IHK. Und da muss man der IHK auch zustimmen.

Nun ist die IHK natürlich kein Ökoinstitut und hat infolgedessen auch keine ökologische Perspektive auf unseren Haushalt.

Das ist dann auch eher unser Thema, das Themenfeld der Grünen.

Deswegen lassen Sie mich dazu ein paar Anmerkungen machen, zu einem Thema, das uns Grüne besonders am Herzen liegt:

Das ist der Klimaschutz.

Die jüngste Katastrophe in den Philippinen hat uns wieder einmal drastisch vor Augen geführt, wie wichtig es ist, auf diesem Gebiet noch größere Anstrengungen zu unternehmen, und zwar auf allen Ebenen.

Klimaschutz fängt ja bekanntlich bei jedem Einzelnen an und reicht über die Kommunen und Länder hinaus bis zur internationalen Gemeinschaft.

Überall muss mehr getan werden.

Derzeit erleben wir ja auf der internationalen Ebene wieder gleich mehrere diesbezügliche Desaster: Die jüngste Klimakonferenz in Polen erweist sich wieder mal als reichlich unergiebig.

Und Japan erhöht in den nächsten Jahren wieder seinen CO₂ Ausstoß, weil dort aufgrund der Atomkatastrophe wieder mehr fossile Brennstoffe verstromt werden sollen.

Dabei sind die Stellungnahmen der Wissenschaft nach der jüngsten Katastrophe auf den Philippinen einhellig: Auch diese Katastrophe ist eines von vielen Symptomen des vom Menschen gemachten Klimawandels.

Was muss getan werden? Was können Kommunen tun?

Es geht natürlich in erster Linie um die Verminderung des CO₂ Ausstoßes. Und da haben die Kommunen viele Möglichkeiten.

Die Palette reicht von energetischen Gebäudesanierungen über umweltfreundliche Verkehrssysteme und vielen anderen Betätigungsfeldern bis zur Gewinnung von Energie aus Wind, Wasser, Biomasse und Sonne.

Was dies angeht, so sehe ich Stolberg auf einem guten Weg.

Nach Anträgen von Grünen und SPD Mitte 2011 hat der Rat damals beschlossen, auf geeigneten Dächern und Flächen der Stadt Stolberg Solaranlagen installieren zu lassen, -und, das Stadtgebiet auf Flächen für Windkraftanlagen untersuchen zu lassen.

Mittlerweile tragen viele Dächer von Schulen, Kindergärten usw in Stolberg Solaranlagen. Wie sich jetzt zeigt, war dies nicht nur für den Klimaschutz eine gute Entscheidung sondern auch für den Haushalt. Immerhin belaufen sich die Erlöse aus der Verpachtung dieser Flächen an Investoren auf mehrere 10 T EURO jährlich.

Darüberhinaus war die Entscheidung des Rates, das Stadtgebiet erneut auf Flächen für Windkraftanlagen untersuchen zu lassen, eine gute Entscheidung im Sinne des Klimaschutzes und der städtischen Finanzen.

Nach Expertenschätzungen könnten mit Windkraft in Stolberg zirka 30 Mio kwh Strom produziert werden. Das würde der Atmosphäre zirka 24 Tausend tonnen Kohlendioxid jährlich ersparen, - und der Stadt weit über 100 Tausend- EURO Pacht für eigene Flächen einbringen.

Klimaschutz ist in jeder Hinsicht eine Win-Win Angelegenheit: Für die Umwelt, für die Industrie und für die Kommunen.

Im Übrigen gibt es in Deutschland mittlerweile über 600.000 Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energiegewinnung.

Wir begrüßen es also ausdrücklich, dass in Stolberg dieser Weg nun weiter beschritten wird und im Haushaltsplanentwurf z. B. entsprechende Mittel für die nächsten Planungsschritte von Windkraftgebieten eingestellt sind. (150 T für 2014 und 50 T für 2015).

Wenn man sich mit dem Thema Klimaschutz und Regenerative Energien beschäftigt, kommt man nicht umhin, einen Blick auf das zu werfen, was derzeit aus den Koalitionsgesprächen in Berlin verlautbart wird.

Von dort hört man zum Beispiel,
dass Fördersätze für Solar- und Windstrom generell sinken sollen;
dass die Länder selbst wieder Mindestabstände zwischen Windrädern und Siedlungen festlegen können; (aus Bayern hört man, dass dies dort zwei !!! Kilometer sein sollen)
Ein Todesstoß für die Windkraft dort!

Der SPD Ministerpräsident von Mecklenburg Vorpommerns Erwin Sellering sagte dazu, dass dies nur die Zeit verlängere, in der man noch konventionelle Kraftwerke brauche, - also auch solche Dreckschleudern, wie wir sie hier in unserer Region vorfinden.
Wie Recht Herr Sellering hat.

Ein weiteres Thema, dass uns kommunalpolitisch am Herzen liegt, ist die Stadtteil- bzw. Dorfentwicklung.

Wir haben uns in den letzten Jahren beispielsweise in der Dorfentwicklungsplanung in Mausbach mit eingebracht, wobei auch schon sichtbare Erfolge zu verzeichnen sind: Zum Beispiel die Instandsetzung ortsnaher Fußwege und die jüngst eingeweihte Treppe am Markusplatz.

Ich denke, dass es für die Kommunalpolitik wichtig ist, immer folgenden Grundsatz im Auge zu behalten:

Lebensqualität ist weitgehend das, was sich in den Stadtteilen und Dörfern abspielt.

Vereine und Bürgerinitiativen spielen dabei eine herausragende Rolle.

Diese Vereine und Initiativen sitzen in der Regel nicht auf großen Geldreserven.

Im Gegenteil: Ich weiß von einigen, dass sie an den Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit angelangt sind.

Und dies bedeutet nach unserer Ansicht für die Haushaltsplanung, dass es in Zukunft keine zusätzlichen weiteren finanziellen Belastungen für die Vereine geben sollte, weder durch Raumnutzungskosten noch durch sonstige Gebühren.

Soweit ich das überblicken kann, ist dies auch im Haushaltsplan nicht vorgesehen.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch zum Ende meiner kurzen Stellungnahme auf zwei ‚Kleinigkeiten‘ im Haushaltsplan eingehen, die aus meiner Sicht noch einmal überdacht werden sollten:

Dort ist für das Grundstück Spielfläche Fleuth ein Erlös von 75 T Euro vorgesehen. D. h., sie soll zu diesem Preis verkauft werden.

Diese Spielfläche als solche hat durch Neubauten und den Zuzug jüngerer Familien in der näheren Umgebung in jüngster Zeit eine größere Bedeutung bekommen.

Wir meinen, dass man den Verkauf überdenken sollte, und sie eher als naturnahe Spielfläche für Kinder nutzbar machen sollte, statt sie zu verkaufen.

Die zweite und letzte Kleinigkeit, die ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, betrifft die Situation von Behinderten im Zentrum. Ganz konkret ist hier der Kaiserplatz und seine Umgebung gemeint.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind 40 T Euro für eine behindertengerechte Toilette auf dem Friedhof Bergstraße bereitgestellt.

Grundsätzlich begrüßen wir das natürlich, aber möchten in Frage stellen, ob der Ort diese Priorität haben sollte.

Grüne und SPD haben vor einigen Jahren schon einmal einen Antrag auf Einrichtung einer Behindertentoilette im Zentrum gestellt. Der wurde damals von der Mehrheit abgelehnt. Diesen Gedanken möchte ich heute wieder aufgreifen, indem ich zu Bedenken gebe, ob nicht der Bereich Oberstolberg wegen des weitaus größeren Bedarfs ein nützlicherer Ort für eine solche Toilette wäre. Speziell bei Festen an Wochenenden sind Behinderte hier regelrecht aufgeschmissen. Dies bitte ich vor einer diesbezüglichen Entscheidung nochmal zu debattieren.

Mit diesen Kleinigkeiten komme ich dann auch zum Ende – wohl wissend, dass es ja auch ab Mai/Juni kommenden Jahres andere Personen und Mehrheiten sein können, die das zu entscheiden haben.

Danke.